

Die Sozialistische Arbeiterpartei

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schaffhauser Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **52 (1975)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialdemokratischen Partei zu erreichen. Vier Wochen nach der verlorenen Volksabstimmung schlossen sich die beiden Parteien zur *Sozialistischen Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen* zusammen, die Mitglied der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* wurde. Nach vierzehn Jahren politischer Kreuzfahrt in internationalen Gewässern fanden die Schaffhauser Linksradikalen zurück zur schweizerischen Landespartei, von der sie sich in der Theorie zeitweise sehr stark, in der Praxis dagegen nie richtig entfernt hatten.

Die Sozialistische Arbeiterpartei

Gegen Reaktion und Faschismus (1935—1936)

Der Zusammenschluss von KPO und SP

Der Zusammenschluss der *Kommunistischen Partei-Opposition* und der *Sozialdemokratischen Partei* erfolgte erstaunlich rasch und ohne nennenswerte Opposition, soweit aus den Quellen ersichtlich ist. Noch am 11. Mai 1935 bezeichnete Ernst Illi anlässlich der Generalversammlung in Neuhausen die *Kommunistische Partei-Opposition* als *die einzige Führerin der Arbeiterschaft*, die wachsam auf ihrem Posten zu stehen und die bisherige Politik weiterzuführen habe¹. Bereits drei Wochen nach der Abstimmung über die Kriseninitiative folgte im «Adler» in Feuerthalen eine öffentliche Kundgebung *für die sozialistische Kampfeinheit*. Vorgesehene Referenten waren der Präsident der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, Nationalrat Ernst Reinhard, und Stadtpräsident Walther Bringolf. Ernst Illi berichtet darüber:

Die Versammlung konnte jedoch nicht durchgeführt werden. Als man gegen 20.00 Uhr nach Feuerthalen kam, fanden sich frontistische Schlägerkolonnen aus Schaffhausen und der zürcherischen Nachbarschaft vor dem Saaleingang. Die Veranstaltungsleitung forderte die erschienenen Angehörigen und Freunde der Arbeiterparteien auf, zu einer Kundgebung auf den Platz nach Schaffhausen zurückzukehren. Allein die Frontisten,

¹ Protokoll KPO Neuhausen 11.5.1935.

schwarzgrau uniformiert, mit Stahlruten und Schlagringen bewaffnet, suchten auch auf dem Platz zumindest zu verhindern, dass die beiden Referenten sprechen konnten. Sie waren offensichtlich selbst zu schwereren Gewalttaten bereit. Schon sehr rasch machten sie von ihren Handwaffen Gebrauch und nur der Einsatz der Stadtpolizei vermochte Schlimmeres zu verhindern².

Die frontistische Störaktion wurde von der *Arbeiter-Zeitung* entsprechend publizistisch ausgeschlachtet, um die Gegnerschaft, gegen die sich die Arbeiterparteien zusammenschliessen wollten, etwas herauszustreichen³. Fünf Tage darauf, am 30. Juni, tagte eine ausserordentliche Generalversammlung der *Kommunistischen Partei-Opposition Neuhausen*, die über den Antrag auf Bildung einer Einheitspartei zu befinden hatte⁴. Das befürwortende Referat hielt Hermann Erb. Von den 17 anwesenden Parteimitgliedern sprachen sich 12 für die Vereinigung, 3 dagegen aus. Eine ähnlich verlaufene Generalversammlung ist vermutlich auch von der *Kommunistischen Partei-Opposition* der Stadt Schaffhausen veranstaltet worden, bevor der Vereinigungsparteitag stattfand.

Der Vereinigungsparteitag vom 7. Juli 1935 im «Landhaus» in Schaffhausen führte die zerstrittenen Gegner der politischen Linken zusammen, die sich seit 1918 mit religiösem Eifer bekämpft hatten. Bereits einen Monat nach der abgelehnten Kriseninitiative luden die *Kommunistische Partei-Opposition* und die *Sozialdemokratische Partei II* zu dieser denkwürdigen Veranstaltung ein, die zum Ausgangspunkt einer zielstrebigem Arbeiterpolitik in Schaffhausen wurde.

Die 250 Teilnehmer des Vereinigungsparteitages sangen stehend die Internationale, bevor Hermann Erb als Tagespräsident die Geschäfte zu leiten begann⁵. Delegationen der *Sozialdemokratischen Partei* der Kantone Zürich und Thurgau beglückwünschten die Schaffhauser Arbeiterschaft zum politischen Zusammenschluss, Vertreter der Arbeiterunion Stein am Rhein, der *Fortschrittlichen Volkspartei Beringen* und der Thaynger Arbeiterschaft sprachen sich in ähnlichem Sinn aus. In einem politischen Referat skizzierte Walther Bringolf den Weg zum Zusammenschluss, der sich im Hin-

² Gewerkschaftskartell 54.

³ AZ 26.7.1935.

⁴ Protokoll KPO Neuhausen 30.5.1935.

⁵ Tagungsbericht in AZ 8.7.1935.

blick auf die schweizerischen Verhältnisse und die Stellung der Arbeiterschaft als notwendig erwiesen habe. Paul Maag als Hauptvertreter der *Sozialdemokratischen Partei* legte dem Parteitag die Anträge der aus beiden Parteien bestellten Verhandlungskommission dar, die folgenden Wortlaut hatten:

1. *Die Mitgliedschaften der bisher getrennten Parteien werden zu einer einheitlichen Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen zusammengeschlossen.*
2. *Der Name der vereinigten Partei lautet: Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen. Er findet auf die örtlichen Sektionen entsprechende Anwendung.*
3. *Die Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen vollzieht den Anschluss an die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und anerkennt deren Beschlüsse und Statuten.*
4. *Als Parteiorgan wird die «Schaffhauser Arbeiterzeitung» bezeichnet. Das Abonnement des Blattes ist für alle Parteimitglieder obligatorisch.*

Nach einer kurzen Diskussion wurden die vier Anträge der Verhandlungskommission einmütig gebilligt. Damit war die neue Partei gegründet und die politische Einheit der Arbeiterschaft hergestellt. Als Kantonalpräsident der vereinigten Partei wurde Walther Bringolf gewählt, der Schaffhausen auch in der schweizerischen Parteileitung zu vertreten hatte. Als Abgeordnete in den schweizerischen Parteiausschuss bestimmte die Versammlung Edwin Rüegg und Fritz Kräuchi. Mit dem Gesang «Brüder, zur Sonne, zur Freiheit» wurde der Vereinigungsparteitag geschlossen.

Aus dem Protokollbuch der Neuhauser *Kommunistischen Partei-Opposition* erfährt man, wie nach dem kantonalen Vereinigungsparteitag die Parteisektionen umgestaltet wurden. Vier Tage nach dem kantonalen Parteitag wurde die *Kommunistische Partei-Opposition* und die *Sozialdemokratische Partei* in Neuhausen zu einer konstituierenden Versammlung der *Sozialistischen Arbeiterpartei* einberufen. 49 Teilnehmer trafen ein⁶. Nach der Wahl des Tagespräsidenten und des Aktuars sprach Kantonalpräsident Bringolf über die Entwicklung und Aufgaben der neuen Partei, worauf die örtlichen Parteisektionen den Zusammenschluss vornahmen und die organisatorischen Fragen regelten. Der Ablauf der Ver-

⁶ Protokoll KPO Neuhausen 11.7.1935.

einigungskampagne zeigt, dass die Entscheidung für den Zusammenschluss nicht nur sehr kurzfristig gefällt, sondern auch von einem engen Zirkel innerhalb der *Kommunistischen Partei-Opposition* gesteuert wurde. Stadtpräsident Walther Bringolf war wie 1930 die Schlüsselfigur. Ihm zur Seite stand Stadtrat Hermann Erb als loyaler Mitkämpfer, während sich Ernst Illi anfänglich eher ablehnend gegenüber der Gründung einer Einheitspartei verhielt⁷.

Die Ausgangslage

Mit dem Beitritt zur *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* deutete die *Sozialistische Arbeiterpartei* ihre Abwendung vom Internationalismus an. Im Nachbarland Deutschland hatte sich verhängnisvoll ausgewirkt, dass sich bedeutende Politiker mit der Aenderung der Komintern-Taktik befassten, während das eigene Land eine leichte Beute des Nationalsozialismus wurde. Eine laufende Beobachtung der Ereignisse im eigenen Land schien geboten, weil sich der Faschismus auch in der Schweiz in Form von zahlreichen Fronten und Bündnen manifestierte. Für die ehemalige *Kommunistische Partei-Opposition* bedeutet ihre Eingliederung in die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* auch eine Abkehr von einer politischen Ideologie. Was sich in der Schaffhauser *Sozialistischen Arbeiterpartei* nach 1935 präsentiert, ist eine pragmatisch orientierte Partei, die den Sozialismus mit demokratischen Mitteln von der Theorie in die Praxis umsetzen will und ihre Kräfte nicht mehr in dogmatischen Kämpfen verbraucht. Allerdings wollte die Taufe der neuen Organisation auf *Sozialistische Arbeiterpartei* deutlich machen, dass die Schaffhauser Linke links der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* stehe und nicht bereit sei, ihre bisherige lokale Eigenständigkeit aufzugeben. Sie lehnte sich an das Vorbild der *Sozialistischen Arbeiterpartei* in Deutschland an, die Mitglieder der *Kommunistischen Partei-Opposition* und den linken Flügel der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* umfasste⁸.

Der 1935 erfolgte Zusammenschluss zur *Sozialistischen Arbeiterpartei* ergab sich nicht vorwiegend aus ideologischen Ueberlegungen, sondern aus politischer Notwendigkeit. Trotz der Weltwirtschaftskrise, die bis in die Mitte der dreissiger Jahre immer

⁷ Protokoll KPO Neuhausen 30.6.1935.

⁸ ausführlich bei Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*, Meisenheim am Glan 1965. Knapp zusammengefasst bei Weber, *Signale* 161—165.

mehr Arbeiter auf die Strasse entliess und sie für politische Tätigkeit freimachte, befanden sich die *Sozialdemokratische Partei* und die *Kommunistische Partei-Opposition* Schaffhausen um 1934 in einer schweren Krise⁹. Beiden Parteien, die seit Jahren um die 'Arbeiterschaft gebuhlt und ihnen die Vertretung ihrer Interessen propagiert hatten, zeigten sich als unfähig, der Arbeitslosigkeit aktiv zu begegnen. Während sich die Parteiführer in Fragen der Taktik und Richtungen zerstritten, lief das verunsicherte Parteivolk auseinander. Nach dem Zusammenschluss der *Sozialdemokratischen Partei* mit der *Kommunistischen Partei-Opposition* und einem Neueintritt von 137 Mitgliedern wies die *Sozialistische Arbeiterpartei* des Kantons Schaffhausen noch nicht einmal 500 Mitglieder auf¹⁰. Die KPO hatte also schätzungsweise noch rund 300 Mitglieder, die SP II war bis zu diesem Zeitpunkt auf etwa 50 Köpfe zusammengeschrumpft. Die Zahl der kommunistischen Parteisektionen hatte sich seit 1921 vermindert, Neunkirch und Hallau waren verlorengegangen¹¹. Von 1920 bis 1936 sank die Zahl der Linksvertreter im Grossen Stadtrat von 22 auf 14, im Kantonsrat verringerte sich 1924 die Vertreterzahl um 4, um dann stets auf 10 zu bleiben.

Kampf gegen die Neue und Nationale Front

Ganz im Gegensatz zu den Linksparteien florierten nach 1933 die Fronten und Bünde, die statt des «marxistischen Internationalismus» einen «nationalen Sozialismus» anboten. Die *Neue und Nationale Front* in Schaffhausen befand sich — zumindest äusserlich — in einer ständigen Aufwärtsbewegung, die einen Wahlerfolg der Linken für 1935 und 1936 in Frage stellte. «Kampf der Reaktion und dem Faschismus» war daher die Devise, zu der sich *Kommunistische Partei-Opposition* und *Sozialdemokratische Partei* zusammenfanden¹². Unter «Reaktion» verstand man die freisinnigen, kapitalistischen und konservativen Antisozialisten; den «Faschismus» verkörperte die Front mit national-sozialistischen, ständestaatlichen und alteidgenössischen Vorstellungen. Während sich die Bauernschaft gegenüber der frontistischen Propaganda mehr-

⁹ Ende 1935 hatte der Kanton Schaffhausen 1724 Arbeitslose (Gewerkschaftskartell 49).

¹⁰ AZ 8.7.1935.

¹¹ Protokoll KPO Neuhausen 11.7.1935.

¹² AZ 8.7.1935.

heitlich als widerstandskräftig erwies (S. 306), zeigte sich die Arbeiterschaft nicht durchwegs finanziell und geistig unabhängig genug. Ehemalige Parteigenossen traten zur Front über, zu der sich führende Industrielle des Kantons bekannten und gleichgesinnte Arbeiter eher beschäftigten also politisch anders organisierte¹³. Der Frontismus begann nun den Linksparteien auch zu schaden, indem sie ihnen Mitglieder entzog.

Der Kampf gegen den Faschismus begann für die Schaffhauser Linke schon kurz nach Mussolinis «Marsch auf Rom» (1922), als in Schaffhausen politisch Verfolgte eintrafen und zum Teil illegal versteckt wurden¹⁴. Nachdem die *Arbeiter-Zeitung* zehn Jahre die «faschistische Gefahr» im Ausland angeprangert hatte, sah sie sich im Herbst 1932 unvermittelt einer lokalen Bewegung gegenüber, die sich bald als faschistische Organisation erwies: Im Herbst 1932 entstand die *Neue Front* in Schaffhausen, eine vorerst akademisch-politische Neuerungsbewegung, die nicht versäumte, mit Walther Bringolf und Hermann Erb Kontakt aufzunehmen zwecks Besprechung einer politischen Plattform¹⁵. Dieser Versuch von jungen freisinnigen Parteimitgliedern, mit oppositionellen Kommunisten ins Gespräch zu kommen, ist bemerkenswert, auch wenn sich innert kürzester Zeit eine heftige politische Gegnerschaft entwickelte¹⁶. Schweizerisches Aufsehen erregte die erste grosse Kundgebung der *Neuen Front* vom 12. April 1933 im «Landhaus» in Schaffhausen. Die Linke glaubte, diese Versammlung, die sie in Verbindung mit Hitlers Amtsantritt in Deutschland sah, nicht hinnehmen zu dürfen, und veranstaltete eine Gegenkundgebung, wobei es nach einer Redeschlacht zu einer handgreiflichen Schlägerei kam (S. 509). Spätestens von diesem Augenblick an waren die *Neue Front* und die Linke tödlich verfeindet. Auf politischer Ebene fand die Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremen 1933 ihren Höhepunkt, als die Front das Mandat des zurücktretenden Ständerates Heinrich Bolli beanspruchte und die *Kommunistische Partei-Opposition* einen Gegenkandidaten portierte. Sowohl Rolf Henne (NF) wie Hermann Erb (KPO) blieben in Minderheit, das Mandat fiel an Hans Käser, den freisinnigen Parteipräsidenten (S. 511).

¹³ Bringolf 185—186. Wolf 123—125.

¹⁴ Bringolf 113.

¹⁵ Bringolf 165 und 272, berichtigt bei Zöberlein 151.

¹⁶ Nach Zöberlein 151 soll erst die Duplik der AZ vom 21.1.1933 auf die Besprechung einer NHG-Veranstaltung den Bruch zwischen Henne und der *Kommunistischen Partei-Opposition* herbeigeführt haben.

Von politischer Bedeutung wurde für die Linksparteien die Veranstaltungsaktivität der Front, die jeden Rahmen sprengte. Laut *Grenzbote* hat die *Neue Front* vom April 1933 bis April 1934 im «Gau Schaffhausen» 91 öffentliche Kundgebungen und 88 interne Veranstaltungen abgehalten, wobei 25 politische und 7 Rednerkurse stattfanden¹⁷. Gegenüber dieser hektischen Betriebsamkeit war die Schaffhauser Linke vorerst machtlos, doch musste in diesem Klima der Wunsch und die Bereitschaft auf Verständigung und Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien reifen.

Von 1934 an lief die frontistische Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung, die — ohne Berücksichtigung der gleichzeitigen Aktion der Jungliberalen — mit 77 578 Unterschriften zustande kam. Auf den 8. September 1935 war die Volksabstimmung angesetzt. Mit Vehemenz bekämpfte die inzwischen geeinigte Linke in Schaffhausen mit der *Arbeiter-Zeitung* diese Totalrevision der Bundesverfassung und entpuppte sich damit plötzlich als Hüterin der althergebrachten Staatsform, der schweizerischen Demokratie und des parlamentarischen Systems. Die wuchtige Ablehnung der Totalrevision (511 578 Nein gegen 196 135 Ja) brachte nicht nur die Entwicklung des Frontismus zu einem vorläufigen Abschluss, sondern entschied auch schon über die sieben Wochen später stattfindenden eidgenössischen Wahlen. In Schaffhausen versuchte die *Neue Front*, die seit anfangs 1934 unter der Bezeichnung *Nationale Front* auftrat, ein Ständerats- und ein Nationalratsmandat zu erobern. Nationalratskandidat der Front war Conrad Tanner, der sich mit 12,5 Prozent aller Stimmen abfinden musste, ohne Walther Bringolf (41,6 Prozent) auch nur annähernd das Mandat streitig machen zu können¹⁸. Das zweite Schaffhauser Mandat wechselte am gleichen Tag von Paul Schmid-Ammann (BP) an Heinrich Sigerist-Schalch (FDP). Auch in den Ständeratswahlen erreichte die Front nicht, was sie sich versprochen hatte. Ihr Vertreter Otto Weber blieb mit 1369 Stimmen weit hinter den beiden bisherigen Vertretern Hans Käser (FDP, 5111 Stimmen) und Johannes Winzeler (BP, 5482 Stimmen) zurück. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* mit Kandidat Hermann Erb erreichte dagegen die ansehnliche Stimmenzahl von 4370¹⁹. Es waren dies die letzten eidgenössischen Wahlen, an welchen sich frontistische Kandidaten beteiligten.

¹⁷ *Grenzbote* 12.4.1934.

¹⁸ *Amtsblatt* 1935,907.

¹⁹ *Amtsblatt* 1935,906.

Volksfronttaktik und Regierungsfähigkeit

Die hautnahe Auseinandersetzung mit einer enragierten Rechtspartei im Kanton Schaffhausen führte aber nicht nur die Linksparteien in Schaffhausen zusammen. Sie bewirkte überdies das Zusammenrücken aller bereits bestehenden Parteien. Mit erstaunlichem Anpassungsvermögen an die veränderten politischen Gegebenheiten setzte sich Walther Bringolf am ausserordentlichen Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vom 6. und 7. Juni 1936 für die eidgenössische Wehrvorlage ein; in der nationalrätlichen Abstimmung enthielt er sich der Stimme, womit er sich über den ablehnenden Parteitagsbeschluss hinwegsetzte²⁰. Die durch die Wehrvorlage verursachte Spaltung und Krise innerhalb der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* führte dazu, dass eine neue Parteileitung gewählt werden musste. Sie bekannte sich eindeutig zur Wehrbereitschaft der Schweiz und setzte damit die «Nationalisierung» der Schweizer Sozialdemokratie fort, die mit der Annahme des neuen Parteiprogramms von 1935 eingesetzt hatte.

Am ausserordentlichen Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vom 31. Januar 1937 vertrat Walther Bringolf namens der Parteileitung das befürwortende Referat bezüglich Beitritt der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* zur *Richtlinienbewegung*²¹. Wenn auch nicht ausdrücklich, so war doch stillschweigend die Hoffnung vorhanden, die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* zur Führerin einer volksfrontähnlichen Politik zu machen. Tatsächlich beschloss der Parteitag den Beitritt, worauf sich für den Kanton Schaffhausen das interessante Phänomen ergab, dass sowohl die *Bauernpartei* wie die *Sozialistische Arbeiterpartei* der gleichen Aktionsgemeinschaft angehörten. Eine Annäherung von Paul Schmid-Amman, dem Exponenten der *Schaffhauser Bauernpartei*, und Walther Bringolf als Hauptrepräsentanten der *Schaffhauser Sozialistischen Arbeiterpartei* zeichnete sich ab. Die *Bauernpartei* schwenkte auf einen grün-roten Allianzkurs, während die *Sozialistische Arbeiterpartei* von der alten Ausschliesslichkeitspolitik abrückte.

Schon bevor es durch die Richtlinienbewegung zu einer Annäherung der beiden Parteien gekommen war, schlossen sie anlässlich

²⁰ AZ 10.6.1936. Walther Bringolf hat sich im Nationalrat nicht für die Wehrvorlage eingesetzt, wie er fälschlicherweise schreibt (Bringolf 191), doch bezeichnete er in der AZ vom 15.6.1936 den ablehnenden Parteitagsbeschluss als Fehlentscheid.

²¹ Bringolf 192—193.

der Regierungsratsersatzwahl vom 15. Dezember 1935 eine stillschweigende Uebereinkunft. Während der freisinnige Kandidat Heinrich Bächtold die Unterstützung der *Katholischen Volkspartei* und der *Evangelischen Volkspartei* fand, scherte die *Bauernpartei* aus der bürgerlichen Koalition aus und beschloss Stimmfreigabe. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* präsentierte in Lehrer Ernst Bühler einen Kandidaten, der dank seinem religiös-sozialen Bekenntnis mit Unterstützung des ähnlich engagierten Paul Schmid-Ammann und seiner Partei rechnen konnte. Mit 5429 Stimmen wurde Ernst Bühler gewählt (Bächtold: 4440 Stimmen) und zog als erster Sozialdemokrat und Linkspolitiker in die Schaffhauser Regierung ein. Der Einbezug von Sozialdemokraten in die Exekutive, schweizerisch noch lange umstritten, wurde Ende 1935 im Kanton Schaffhausen Wirklichkeit.

Expansion (1936—1944)

Linksrutsch 1936

Der Schaffhauser Wahlherbst von 1936 wurde zu einem ungeahnten Siegeszug für die *Sozialistische Arbeiterpartei*. Die Kantonsratswahlen ergaben einen Linksrutsch, der alle bisherigen Dimensionen sprengte²². Die Linke konnte ihren Ratsanteil praktisch verdoppeln und erhielt insgesamt 26 von 76 Sitzen. Neben der mit ihr verbündeten *Bauernpartei* war die *Sozialistische Arbeiterpartei* zur grössten Wählerpartei im Kanton Schaffhausen geworden. Noch deutlicher fiel das Wahlergebnis im stadtschaffhauserischen Wahlkreis aus. Von den 30 Mandaten eroberte die *Sozialistische Arbeiterpartei* 18, wobei ihre Kandidaten mit dem unterstützten Bauernvertreter Paul Schmid-Ammann die Wahlresultatliste anführten. Walther Bringolf und Hermann Erb, die Promotoren für den Zusammenschluss der Schaffhauser Linken, erhielten Rekordstimmenzahlen und liessen alle übrigen Kandidaten weit hinter sich zurück. Die Mandats- und Stimmenverluste hatten jene Parteien zu tragen, deren Ablehnung faschistischen Gedankengutes nicht glaubwürdig genug erschien. Die *Nationale Front*, die in den Wahlkreisen Schaffhausen, Neuhausen, Stein und

²² AZ 2.11.1936.

Schleitheim mit 16 Kandidaten ins Rennen gezogen war, musste eine vernichtende Schlappe einstecken. Keiner der Kandidaten wurde gewählt. Ihre Stimmzahlen im Wahlkreis Schaffhausen wurden nur noch durch zwei Vertreter der *Kommunistischen Partei-Linie* unterboten. Die Freisinnigen als Mutterpartei der Frontisten, von welchen sich zwar die Parteiführer deutlich distanziert hatten, büssten ihre beherrschende Stellung ein und fielen von 22 Mandaten auf 14 zurück. Die Katholiken, die bei der Ständeratsersatzwahl von 1933 den frontistischen Kandidaten unterstützt hatten, mussten von ihren 6 Sitzen 4 abgeben.

Einen nicht weniger grossen Erfolg brachten die städtischen Parlamentswahlen für die geeinigte Linke²³. Mit einem Stimmenanteil von 45,4 Prozent erhielt die *Sozialistische Arbeiterpartei* 27 von 50 Sitzen und eroberte damit die absolute Mehrheit im Grossen Stadtrat. Innerhalb der vier Jahre, während welchen Stadtpräsident Walther Bringolf seine Befähigung als Magistrat und Verwaltungsfachmann unter Beweis stellen konnte, war ganz offensichtlich ein Stimmungsumschwung unter der Stadtbevölkerung eingetreten, der diese extreme Gewichtsverschiebung vom Herbst 1936 möglich machte. Für die *Sozialistische Arbeiterpartei* brachten die Wahlen noch einen andern, positiven Aspekt. Prominente Politiker der Linken, die sich im Laufe der Parteispaltungen von der *Kommunistischen Partei* und der *Kommunistischen Partei-Opposition* abgewandt hatten, kehrten in die vereinigte Partei zurück. Hermann Schlatter, Konsumverwalter, nahm als belebendes Mitglied wieder Einsitz in das Kantonsparlament. Ueber die Jahre 1928 bis 1936, während welchen er als Kantonsrat ausgesetzt hatte, äusserte er sich später mit dem lapidaren Satz: *Während zwei Amtsperioden wollte ich nicht, bis meine Leute wieder den Weg zu sich gefunden hatten*²⁴. Seit Jahren hatte er öffentlich und hinter den Kulissen für den Zusammenschluss von Kommunisten und Sozialdemokraten gewirkt und war deswegen 1929 aus der *Kommunistischen Partei* ausgeschlossen worden (S. 408). Nun sah er seine Absicht verwirklicht und kehrte in die *Sozialistische Arbeiterpartei* zurück. Auch Heinrich Schöttli, der Schaffhauser Streikführer von 1918, der 1932 den Kanton Schaffhausen aus politischen Gründen verlassen hatte²⁵, kehrte zurück und wurde 1936 wieder als Kantonsrat gewählt.

²³ AZ 16.11.1936.

²⁴ Schlatter 23—24.

²⁵ Amtsblatt 1932,542. RRA 1914—1936, 15 E 1.

Zweiervertretung im Regierungsrat

Weniger Erfolg hatte die *Sozialistische Arbeiterpartei* vorerst bei den Regierungsratswahlen. In den Gesamterneuerungswahlen vom 18. Oktober 1936 versuchte sie erstmals eine Zweiervertretung im fünfgliedrigen Regierungsrat zu erlangen, indem neben dem bisherigen Kandidaten Ernst Bühler neu Theodor Scherrer aufgestellt wurde. Dass die Kampfkandidatur ausschliesslich gegen die Freisinnigen gerichtet war, bewies die *Sozialistische Arbeiterpartei* dadurch, dass sie die Regierungsräte der *Bauernpartei*, Ernst Lieb und Traugott Wanner, vorbehaltlos unterstützte. Die *Bauernpartei* gab sich dem sozialistischen Drängen gegenüber kühl und unterstützte die Bisherigen. Theodor Scherrer wurde nicht gewählt²⁶. Anlässlich dieser Wahl ritt die Front mit ihrem *Grenzboten* gegen Regierungsrat Ernst Bühler eine wenig erhebende Attacke, indem sie den sozialistischen Magistraten sexueller Verfehlungen anklagte²⁷.

Am 8. September 1938 stürzte Bühler während einer Gebirgshochtour im Finsteraarhorngebiet in eine Gletscherspalte und verunglückte tödlich²⁸. Die *Sozialistische Arbeiterpartei*, die mit ihm ihren ersten Regierungsrat verlor, bemühte sich, den Sitz in der Exekutive zu halten. Da ein Monat zuvor auch Regierungsrat Otto Scharrer (FDP) gestorben war, wurde auf den 30. Oktober 1938 eine Doppelwahl angesetzt. Die *Freisinnig-demokratische Partei* nominierte Dr. iur. Gustav Schoch, die *Sozialistische Arbeiterpartei* wiederum Theodor Scherrer. Als dissidenter Kandidat wurde Heinrich Bächtold (FDP) von Stein am Rhein durch ein überparteiliches Komitee portiert, was dem sonst ruhig verlaufenden Wahlgang eine gewisse Schärfe verlieh. Mit klaren Mehrheiten wurden Schoch und Scherrer gewählt, beide mit Unterstützung der *Bauernpartei*²⁹.

Zwei Jahre später, als mit dem Rücktritt von Regierungsrat Gottfried Altorfer die «Spar-Aera» im Kanton Schaffhausen ein Ende nahm, versuchte die *Sozialistische Arbeiterpartei* abermals, eine Zweiervertretung zu erlangen. Als Zweitkandidat stellte sie Hermann Erb auf, der Walther Brühlmann (FDP) gegenübertrat. Auch dieses Mal misslang der Versuch³⁰. Am 1. April 1944, anlässlich der Bombardierung Schaffhausens, fand Regierungsrat Gustav

²⁶ Amtsblatt 1936,972.

²⁷ *Grenzbote* 10.10.1936.

²⁸ Nachruf in AZ 10.9.1938.

²⁹ Amtsblatt 1938,838.

³⁰ Amtsblatt 1940,1052.

Schoch den Tod. Die Freisinnigen portierten als Nachfolger seinen Bruder, Dr. iur. Kurt Schoch, der sich am 21. Mai 1944 gegen den Kampfkandidaten Ernst Illi (SAP) durchsetzen konnte³¹. Da der sozialistische Kandidat wieder keinen Erfolg hatte, verzichtete die Linke im Wahlherbst 1944 auf eine Doppelkandidatur.

Als bei Kriegsende die *Sozialistische Arbeiterpartei* gegenüber den Frontisten, Faschisten, Nationalsozialisten und andern Anhängern des Dritten Reiches einen überaus scharfen Kurs verfolgte, der von Rachedgedanken nicht ganz frei war, wurde die Stellung von Regierungsrat Theodor Scherrer innerparteilich ausgehöhlt. Scherrer, Mitglied der *Sozialistischen Arbeiterpartei* und anerkannter Magistrat, konnte sich mit diesem «Rachekurs» nicht in allen Teilen befreunden und zog sich, als er sah, dass sein Widerstand innerparteilich nutzlos war, erbittert aus der Regierung zurück³². Als seinen Nachfolger portierte die *Sozialistische Arbeiterpartei* den damals recht umstrittenen Redaktor der *Arbeiter-Zeitung*, Georg Leu. Da Redaktor Leu 1944 nur mit knapper Stimmenzahl in den Kantonsrat gewählt worden war, versuchte ein überparteiliches Komitee mit Kandidat Heinrich Huber, Gewerbesekretär, seine Wahl zu verhindern. Die bürgerlichen Parteien gaben die Parole auf Leereinlegen aus, womit das Schicksal des Komitees besiegelt war. Georg Leu wurde am 17. November 1946 in die Regierung gewählt³³.

Die letzte Runde im Kampf um eine Doppelvertretung im Schaffhauser Regierungsrat wurde am 23. März 1947 geschlagen. Als Folge seiner Wahl als Kantonsgerichtspräsident trat Kurt Schoch (FDP) aus der Regierung aus. In einem eher flauen Wahlkampf unterstützte allein die *Katholische Volkspartei* den freisinnigen Kandidaten Hans Heer (Thayngen), während die *Evangelische Volkspartei* Stimmfreigabe beschloss und die *Bauernpartei* einen unentschlossenen Eindruck machte³⁴. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* reklamierte den Sitz für sich und stellte Theo Wanner auf, der prompt mit 1100 Stimmen Vorsprung als Regierungsrat gewählt wurde. Nach 11 Jahren Kampf erreichte die Schaffhauser Linke damit die Doppelvertretung in der Regierung.

Der Rückzug von Theodor Scherrer aus der Regierung hatte ein für die *Sozialistische Arbeiterpartei* übles Nachspiel. Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen von 1948 wurde in zwei anonymen

³¹ Amtsblatt 1944,727.

³² Mitteilung Karl Schib 21.8.1970.

³³ Amtsblatt 1946,909,1257.

³⁴ SN 24.3.1947.

Inseraten der *Schaffhauser Nachrichten* ein beleidigender Angriff auf Georg Leu verbreitet³⁵. Bei genauen Nachforschungen stellte sich heraus, dass nicht die Bürgerlichen Urheber dieses Wahlmanövers waren, sondern alt Regierungsrat Theodor Scherrer, der die Hintergründe der Wahl von 1946 und die Arbeitsweise des neuen sozialistischen Regierungsrates zu kennen glaubte. Der persönliche Racheakt hatte auf das Wahlergebnis keinen wesentlichen Einfluss, hingegen wurde Theodor Scherrer deswegen aus der Partei ausgeschlossen³⁶.

Zwei Komponenten waren schuld, dass der Vormarsch der Sozialdemokratie im Kanton Schaffhausen zu Beginn des Weltkrieges vorerst abgebremst wurde: erstens die Auswirkungen des sozialistischen Wahlsieges von 1936 auf den Bürgerblock, zweitens die Umorientierung innerhalb der Schaffhauser *Bauernpartei*, die nach Paul Schmid-Ammanns Abgang einen scharfen Rechtskurs einschlug und sich gegen die *Sozialistische Arbeiterpartei* stellte. Der Wahlsieg von 1936 zwang das bürgerliche Lager zum Ueberdenken der eigenen Situation. Mit dem Ausscheiden der freisinnigen Regierungsräte Gottfried Altorfer und Otto Scharrer ergab sich eine grössere Wachablösung. Das Wahljahr 1940 war ein eigentlicher Neuanfang im Bestreben, alle Teile des Bürgertums zusammenzufassen und ihnen gerecht zu werden. Von grundsätzlicher Bedeutung war die Kursänderung der *Bauernpartei*, die im Jahre 1940 einen energischen Sekretär in Hans Zopfi erhielt (S. 310). Ohne Zimperlichkeit und auch ohne das Bestreben, sämtliche eingebürgerten politischen Spielregeln einzuhalten, führte Zopfi im bürgerlichen Wahlkomitee zusammen mit Dr. Karl Schib (FDP), Dr. Hans Sollberger (FDP) und Dr. Josef Ebner (KVP) den Wahlkampf von 1940. In dieser klaren Frontstellung des durch die *Bauernpartei* gestärkten Bürgerblocks musste die *Sozialistische Arbeiterpartei* verlieren: 4 Kantonsratssitze wechselten 1940 zur *Freisinnig-demokratischen Partei*, 7 Grossstadtratsmandate gingen der Linken verloren³⁷.

Wahlerfolge mit dem Nachkriegsprogramm «Neue Schweiz»

Drei Jahre später, anlässlich der Nationalratswahlen vom 31. Oktober 1943, schlug das Pendel wieder auf die andere Seite

³⁵ *Ist Georg Leu tragbar?* (SN 14.10.1948). *Regierungsratswahlen* (SN 15.10.1948).

³⁶ AZ 18.10.1948. SN 28.10.1948. Scherrer reagierte mit einem Brief, der abgedruckt ist in SN 13.11.1948.

³⁷ SN 4.11.1940.

aus: mit 50,5 Prozent aller Stimmen erreichte die *Sozialistische Arbeiterpartei* den höchsten im Kanton Schaffhausen seit 1919 erreichten Stimmenanteil³⁸. Bringolf wurde als Nationalrat bestätigt, während Hermann Erb (SAP) bei den gleichzeitig stattfindenden Ständeratswahlen als überzählig Gewählter hinter Julius Bühler (FDP) und Johannes Winzeler (BP) zurückblieb³⁹.

Der sozialistische Wahlerfolg in Schaffhausen entsprach dem schweizerischen Trend: mit den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 1943 überflügelte die *Sozialdemokratische Partei* erstmals die *Freisinnig-demokratische Partei*. Was war der Grund für diese Verschiebung innerhalb der Wählerschaft? Am Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vom September 1943 in Winterthur hatten die Delegierten ein Bekenntnis zur Demokratie, zur Landesverteidigung und zum sozialen Ausbau des schweizerischen Staatswesens abgelegt. Das Programm «Neue Schweiz» visierte einen «demokratischen Sozialismus» an, der *unsere Demokratie mit dem Höchstmass an sozialer Gerechtigkeit* ausstatten werde⁴⁰. Gleichzeitig hatte der Parteitag eine taktisch kluge Abgrenzung gegenüber der durch den Bundesrat im Sommer 1943 verbotenen *Kommunistischen Partei der Schweiz* vorgenommen, indem er eine Fusion und Kollektiveintritte ablehnte. Zum Kampf gegen den Rechtsextremismus der Fronten trat damit eine Ablehnung des Linksextremismus, wodurch die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* einen Weg der Mitte einschlug und die jahrelang gehegten Bedenken bürgerlicher Wähler zerstreute. Unter dieser Voraussetzung war es dann ja auch möglich, dass bereits im Dezember 1943 ein Sozialdemokrat, der bis 1920 linksausen stehende Ernst Nobs, in den Bundesrat gewählt wurde.

Es war aber nicht nur das ausdrückliche Bekenntnis zum schweizerischen Staat allein, das die Wahlen in Schaffhausen zu einem Erfolg werden liess, sondern auch die fast generalstabsmässige Vorbereitung des Wahlkampfes. Durch ein vertrauliches Aktionsprogramm wurde die Plakat-, Flugblatt-, Veranstaltungs- und Pressepropaganda genau festgelegt und in ihrer Wirkung aufeinander abgestimmt. Unter Einsatz aller Propagandamittel setzte sich die *Sozialistische Arbeiterpartei* mit der Bevölkerung in Verbindung. In den letzten Tagen vor den Wahlen fanden in den 14 wich-

³⁸ Amtsblatt 1943,1356—1359.

³⁹ Wahlresultat: Bühler 7196 Stimmen, Winzeler 7163, Erb 5656, absolutes Mehr 5150 (Amtsblatt 1943,1355).

⁴⁰ Bringolf 338.

tigsten Ortschaften des Kantons öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Exponenten der Partei mit allen Volkskreisen Kontakt aufnahmen. Laut einer detaillierten Abrechnung wendete die *Sozialistische Arbeiterpartei* für den Wahlkampf 4161 Franken auf. Die Auslagen wurden durch die kantonale Parteikasse (Fr. 1146.—), die verschiedenen Gewerkschaften von Schaffhausen (Fr. 1450.—), durch einen Beitrag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* (Fr. 800.—) und freiwillige Beiträge (Fr. 765.—) gedeckt⁴¹.

Während sich der Zusammenbruch der faschistischen Achsenmächte bereits abzeichnete, fanden 1944 in Schaffhausen die Gesamterneuerungswahlen statt. Die klare Haltung, welche die *Sozialistische Arbeiterpartei* von allem Anfang an gegen die durch Nachrichten aus Deutschland belastete *Neue und Nationale Front* eingenommen hatte, wurde durch die Linke im Wahlkampf entsprechend ausgeschlachtet. Eine besondere Genugtuung war es für die *Sozialistische Arbeiterpartei* und die *Arbeiter-Zeitung*, dass sie inzwischen den rechtsstehenden Bauernsekretär Hans Zopfi aus dem Kanton Schaffhausen vertrieben hatte. Ihm warf sie nun — obwohl er den Anpasser-Prozess juristisch gewonnen hatte — allerlei Dreck nach und konnte damit indirekt auch noch einmal das Schaffhauser Bürgertum diskreditieren⁴². In «Sofortforderungen» verlangte die *Sozialistische Arbeiterpartei* im Wahlkampf eine klare Handhabung des Asylrechtes:

*Unschuldige Gehetzte, Verfolgte, ihrer freiheitlichen Gesinnung wegen gefährdete antifaschistische Kämpfer sind in unserem Lande aufzunehmen und menschlich zu behandeln. Kriegsverbrechern, SS-Angehörigen jeder Art, Angehörigen der Gestapo und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, allen, deren Hände mit dem Blute Unschuldiger befleckt sind, ist der Zutritt in unser Land, ist jedes Recht auf Asyl zu verweigern*⁴³.

In bezug auf die Aussenpolitik forderte die Partei *sofortige rechtliche Anerkennung der Sowjetunion* und die Aufnahme normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit dem Weltstaat, der tatkräftig mithalf, die nationalsozialistische Pest einzudämmen. Für den Kanton Schaffhausen waren «Kampf der Teue-

⁴¹ Fotokopie von Aktionsprogramm und Abrechnung beim Verfasser.

⁴² 1940—1944, *Wie war es damals und wie ist es heute?* [SAP-Wahlbroschüre] Schaffhausen 1944 (Stadtbibliothek WN 116).

⁴³ *An das werktätige Volk in Stadt und Land* [SAP-Flugblatt], Schaffhausen 1944 (Stadtbibliothek WN 116).

rung», «Ausgleich der Löhne», «Altersversicherung», «Kampf gegen Entlassungen und Wohnungsnot» und der Neubau des Kantonsspitals die Parolen des Wahlherbstes 1944. Bereits zeichnete sich das Ende des Weltkrieges ab, und man begann sich vor einer neuen Epoche der Krisen und Arbeitslosigkeit zu fürchten. Vor diesem Hintergrund wirkte das sozialistische Programm «Neue Schweiz» zugkräftig. Es versprach:

Die Neue Schweiz tritt an die Stelle einer Wirtschaftsordnung, die in der Vergangenheit immer wieder Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Elend und in vielen Ländern Krieg, Tod und Verderben verursachte, weil sie nicht die Kraft, die Einsicht und den Mut besass, den Menschen und seine Arbeitskraft in den Mittelpunkt unseres Zusammenlebens zu stellen⁴⁴.

Die bürgerlichen Parteien, welchen sich die *Bauernpartei* und die *Jungliberale Bewegung* angeschlossen hatten, sekundierten:

Der Krieg geht seinem Ende entgegen. Schon heute wird um die Gestaltung der Nachkriegszeit gerungen. Die Sozialisten tun dies mit der «Neuen Schweiz». Dieses Programm trieft von Versprechungen nach allen Seiten. Aber es ist unerfüllbar; es weckt nur gefährliche Illusionen. Die «Neue Schweiz» würde unsere Wirtschaft zugrunde richten! Armut und Elend wären die Folgen⁴⁵.

Die Wahlergebnisse zeigten, welcher Seite mehr Vertrauen bekundet wurde: die *Sozialistische Arbeiterpartei* gewann in den Kantonsratswahlen 31 Sitze (1940: 22) und wurde so am 5. November 1944 zur grössten Kantonalpartei von Schaffhausen⁴⁶. Im Wahlkreis Schaffhausen erreichte sie 51,1 Prozent der Wählerstimmen und besetzte 20 von den 32 städtischen Kantonsratssitzen⁴⁷. In den Grossen Stadtrat zogen am 26. November 1944 29 Vertreter der *Sozialistischen Arbeiterpartei*, die damit die absolute Mehrheit im Stadtparlament, die 1940 verlorengegangen war, wieder zurückerhielt⁴⁸. 56,2 Prozent der städtischen Wähler hatten sich für die sozialistische Liste entschieden. Die Parteileitung konnte zufrieden sein. Nicht den erhofften Erfolg hatte dagegen die kommunistische *Partei*

⁴⁴ ebenso.

⁴⁵ *Liebe Wehrmänner* [Flugblatt von BP, FDP, EVP, KVP, JBS], Schaffhausen 1944 (Stadtbibliothek WN 116).

⁴⁶ AZ 6.11.1940.

⁴⁷ Vgl. Tabelle 5.

⁴⁸ AZ 27.11.1940.

der Arbeit, die versucht hatte, die Sozialisten links zu überholen. Ihre Kandidaten erhielten minimale Stimmenzahlen und wurden nicht gewählt⁴⁹.

Der sozialistische Sieg zwang das wahltechnisch geeinigte, ideologisch aber uneinheitliche Bürgertum in eine Verteidigungsstellung, die bis ins Wahljahr 1952 erhalten blieb. In der «Bürgerlichen Einigung» stemmten sich die alten und die neuen bürgerlichen Parteien der «Roten Flut» entgegen.

Wandlung zur Volkspartei (1944—1961)

Bekanntnis zur Schweiz

Das Bekenntnis zur Landesverteidigung während der äusseren Bedrohung der Schweiz und die Ablehnung der neokommunistischen *Partei der Arbeit* machte aus der *Sozialistischen Arbeiterpartei* eine eindeutig nationale Partei. Auch das Zusammenrücken der Volksschichten während des Zweiten Weltkrieges führte zu einem Ausgleich der politischen Gegensätze. Das vielversprechende Nachkriegsprogramm «Neue Schweiz» hatte soziale Gerechtigkeit für alle Schichten versprochen, nun, nachdem weltweit Waffenfriede herrschte, galt es, die Versprechen einzulösen und das 1944 erlangte Vertrauen zu rechtfertigen.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Schwergewicht der politischen Parteien von den Kantonen auf den Bund übertrug. Die sozialen Probleme erforderten Lösungen auf gesamtschweizerischer Ebene und wurden zum Anliegen der Landesparteien. Die Kantonalparteien wurden auf lokale Angelegenheiten verwiesen und hatten als Ausführungsorgane der gesamtschweizerischen Parteien zu fungieren. Deutlich tritt dies für die *Sozialistische Arbeiterpartei Schaffhausen* zutage, deren Präsident Walther Bringolf nun immer stärker den Kurs der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* mitzubestimmen begann, während ihm die Kantonalpartei als Hausmacht diente und selber wenig Eigenes beitrug. Mit bewundernswerter Geschicklichkeit und

⁴⁹ Im Wahlkreis Schaffhausen kandidierten die PdA-Vertreter Heinrich Graber, Jakob Matter und Gottfried Frey, im Wahlkreis Neuhausen der frühere KPL-Parteiführer Andreas Weder. Die zahlenmässig verschwindend kleine *PdA-Kantonalpartei Schaffhausen* leitete ihre Korrespondenz über das Postfach 157 in Schaffhausen (Mitteilung Erich Gruner 6.2.1972).

einem sicheren Sensorium für taktische Manöver brachte es Bringolf bis 1948 fertig, seine Kantonalpartei um alle ideologischen Streitigkeiten herum zu einer einheitlichen, straff geführten politischen Kampftruppe zu machen. Dann, nachdem der Sieg über das Schaffhauser Bürgertum gelungen war, konnten Reaktionen nicht ausbleiben. Die parteiinterne Opposition meldete sich, wenn auch zaghaft. Und als die *Sozialistische Arbeiterpartei* die Wahlen im Herbst 1948 verlor, stellte der liberal-konservative Redaktor Dietrich Barth im Hinblick auf die Alleinherrschaft Bringolf fest, *dass es heute nicht mehr genügt, wenn ein Mann gewisse Verdienste nur für sich und seine Partei in Anspruch nimmt, und dass der Mythos Bringolf allmählich ins Wanken gerät*⁵⁰.

«Schaffhauser Kristallnacht» und Ausweisungen

Der Wille der *Sozialistischen Arbeiterpartei*, unter Ausnützung der Volksstimmung zu einer Volkspartei zu werden, begann unmittelbar bei Kriegsende mit einem rigorosen «Anti-Nazi- und Anti-Fröntler-Kurs». Im Wahlkampf 1944 hatte die Partei keinen Zweifel daran gelassen, dass sie das Asylrecht nur unter Ausschluss der Rechtsextremen gehandhabt wissen wollte. Der Bundesrat selbst hatte mit seinem Beschluss vom 18. Mai 1943 die Möglichkeit der Ausbürgerung von landesverräterischen Schweizern geschaffen, und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erliess bei Kriegsende Weisungen für das Ausweisen von Deutschen⁵¹. Schaffhausen als Grenzstadt war von diesen Massnahmen besonders betroffen, und die *Sozialistische Arbeiterpartei* unter Führung von Walther Bringolf und Georg Leu sorgte für eine entsprechend strikte Durchführung.

Am 8. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Bereits am 26. Mai 1945 reichte Walther Bringolf im Kantonsrat eine Interpellation betreffend «Massnahmen gegen nationalsozialistische und faschistische Elemente» ein, am 18. Juni folgte eine Interpellation von Georg Leu betreffend «Aufenthalt nationalsozialistischer Deutscher». Während der Bundesrat bereits in eigener Kompetenz verschiedene Ausweisungen vornahm⁵², rief die *Sozialistische Arbeiterpartei* unter dem Slogan «Hinaus mit den Nazi aus Stadt und Kan-

⁵⁰ SN 22.11.1948.

⁵¹ Bundesratsbeschluss in AS 59,1943,398—399. Weisungen bei Bringolf 409.

⁵² Liste in AZ 11.6.1945. Von den 294 Ausgewiesenen stammten lediglich 3 aus dem Kanton Schaffhausen.

ton Schaffhausen» zur Volksversammlung vom 8. Juni 1945 auf den Platz auf⁵³. In einer zündenden Rede forderte Walther Bringolf vor rund 5000 Personen eine Säuberung der Schweiz von unerwünschten Elementen. Er las der Versammlung den vollen Wortlaut einer Eingabe an den Regierungsrat vor, welche die Ausweisung von 74 Deutschen und 18 Italienern aus dem Kanton Schaffhausen verlangte⁵⁴. Als die Anwesenden durch Hochstrecken der Arme der Eingabe zugestimmt hatten, schloss Stadtpräsident Bringolf die Versammlung mit dem dreifachen Ruf: «Use mit ene!». Die Kundgebung, einberufen, *um der Stimmung, der man auf Schritt und Tritt begegnete, ein Ventil zu öffnen*⁵⁵, war wohl weniger ein Akt staatspolitischer Klugheit, als vielmehr ein untauglicher Versuch, aufgestaute Emotionen in den Griff zu bekommen. Die Veranstaltung bewirkte das Gegenteil.

Nach dem Abschluss des offiziellen Teils der Kundgebung verging kaum eine halbe Stunde, und schon waren in der Stadt Schaffhausen die Scheiben von 24 Geschäftslokalen und Wohnungen zertrümmert⁵⁶. Die Schaufenster bei Konditor Hans Rohr, Eisenwarenhändler Max Bärlocher, Coiffeur Hugo Keller-Heierle und Korbwarenhändler Samuel Meier wurden eingeschlagen, die Wohnungen von Carl Meyer und Bezirksarzt Dr. Rudolf Fröhlich mit Steinwürfen bedacht, die Bewohner dieser Geschäfte und Wohnungen teilweise bedroht. Der Einsatz der zahlenmässig schwachen Polizei half wenig, weil die Aktionen fast gleichzeitig an verschiedenen Orten der Stadt erfolgten.

*Eine Anzahl Schaffhauser und Nicht-Schaffhauser hatten sich, wie sich später herausstellte, zusammengetan und nach einem ganz bestimmten System Schaufenster und andere Fensterscheiben zu zertrümmern begonnen*⁵⁷.

Von der Racheaktion wurden die Schaffhauser Exponenten der *Nationalen Front* und ihrer Nachfolgeorganisationen betroffen. Wenn auch diese Schaffhauser «Kristallnacht» nicht von der *Sozialistischen Arbeiterpartei* organisiert wurde und ihr unerwünscht war, so hatte die Anti-Nazi-Propaganda der *Arbeiter-Zeitung* und die anheizende Rede Bringolfs doch massgebend dazu beigetragen,

⁵³ Versammlungsbericht in AZ, SN, SB, SZ 9.6.1945. SZ 11.6.1945.

⁵⁴ Bringolf verlas die Liste der Auszuweisenden nicht (Protokoll RR 9.6.1945,936), doch wurde sie in der AZ vom 16.6.1945 abgedruckt.

⁵⁵ Bringolf 407.

⁵⁶ AZ 11.6.1945.

⁵⁷ Bringolf 407.

dass die Zertrümmerer vorgeben konnten, sie hätten «im Namen des Volkes» gehandelt. Was damals manchem Zeitgenossen — auch bürgerlicher Observanz — verständlich war und ehrliche Schadenfreude auslöste, muss rückblickend als eine zumindest fragwürdige und billige Propagandaaktion gewertet werden, die eine irrationale Volksstimmung mehr oder weniger bewusst ausnützte. Der Schaffhauser Regierungsrat sorgte mit einem Versammlungsverbot dafür, dass sich ähnliche Ausschreitungen nicht wiederholen konnten⁵⁸.

Dass aber auch die bürgerlichen Parteien, die sich nicht immer gleich klar und zu allen Zeiten so eindeutig von faschistischen und frontistischen Ideen distanziert hatten, gewillt waren, einen Schlussstrich unter die vergangenen Jahre zu ziehen, bewies die Kantonsratssitzung vom 18. Juni 1945, die den Interpellationen Bringolf und Leu gewidmet war⁵⁹. Die Interpellanten benützten die Gelegenheit, das Schaffhauser Bürgertum und den vertriebenen Bauernsekretär Hans Zopfi nochmals anzugreifen, indem Nationalsozialisten, Frontisten, Mitläufer, Agenten der fünften Kolonne und landesverräterische Spione einander gleichgesetzt wurden⁶⁰. Polizeidirektor Scherrer gab folgende Zusammenstellung von Massnahmen des Kantons Schaffhausen in den vergangenen Kriegsjahren bekannt⁶¹:

- 25 Deutsche wurden wegen Spionage verurteilt,
- 7 Deutsche konnten vor der Verhaftung fliehen,
- 6 Deutsche verliessen die Schweiz wegen dringenden Verdachts,
- 8 Deutsche wurden in contumaciam verurteilt wegen Spionage,
- 23 Frontisten wurden wegen Spionage verurteilt, einer davon (Beeler) hingerichtet.
- 6 Frontisten waren illegal nach Deutschland gegangen, zwei davon (Benno Schächli und Alfred Mensch) nachträglich ausgebürgert,
- 9 Frontisten waren legal nach Deutschland gegangen, darunter Dr. Werner Meyer und Dr. Arnold Belrichard.
- 32 Schweizer, Nichtfrontisten, wurden wegen Spionage verurteilt.

⁵⁸ Text in AZ 19.6.1945.

⁵⁹ AZ 19.6.1945. Amtsblatt 1945,741—755.

⁶⁰ Zopfi 167—169.

⁶¹ Amtsblatt 1945,746—747. AZ 19.6.1945.

Grundsätzlich schlossen sich die bürgerlichen Parteien der Ausweisungsaktion an, doch gaben in der folgenden Zeit Einzelfälle Gelegenheit, differenziertere Beurteilungskriterien anzuwenden. Um die Ausweisung von Alfred Horstmann, Direktor in den Eisen- und Stahlwerken, entstand eine erste Auseinandersetzung⁶², andere folgten nach. Schliesslich wurden 21 Deutsche aus Stadt und Kanton Schaffhausen ausgewiesen⁶³, also weniger als ein Drittel derjenigen, die in der von Walther Bringolf publik gemachten Liste aufgeführt waren. Der kantonale Polizeidirektor, Theodor Scherrer, selbst Mitglied der *Sozialistischen Arbeiterpartei*, vermochte sich dem resoluten Kurs seiner Partei nicht anzuschliessen. Er verhielt sich eher zurückhaltend und musste sich einer innerparteilichen Kritik aussetzen, die erst im Oktober 1946 mit seinem Sturz endete.

Ausbau des Sozialstaates

Eine vorbereitende Aktion für die Uebernahme seines Regierungssitzes durch Georg Leu war der sieben Wochen andauernde Streik in der Bindfadenfabrik Flurlingen und die entsprechende publizistische Verwertung⁶⁴. Wie vor und nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Streik in den Nachkriegsjahren zu einem wichtigen Mittel, den Forderungen der schweizerischen Arbeiterschaft, teilweise gegenüber den Grenzgängern, Nachachtung zu verschaffen. Bereits 1945 hatten während 23 Tagen die Gipser gestreikt, auf die Arbeiterinnen und Arbeiter der «Bindi» folgten die Bauarbeiter mit einem zweistündigen Proteststreik. 1948 kam es zu einem dreiwöchigen Streik in der Lederwarenfabrik AG Schaffhausen. In den meisten Auseinandersetzungen ging es um den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen. Doch entgegen den gehegten Befürchtungen brachte die Nachkriegszeit keine grosse Arbeitslosigkeit und keine wirtschaftliche Krise, sondern einen Aufschwung von Handel und Industrie. Infolge dieser Entwicklung wurde am 18. Mai 1947 die sozialdemokratische Initiative auf «Wirtschaftsreform und Recht auf Arbeit» recht wuchtig abgelehnt, wozu der Kanton Schaffhausen 5079 Ja gegen 8386 Nein beisteuerte⁶⁵. Damit hatte ein wesentlicher Teil des sozialdemokratischen Programms «Neue Schweiz» eine Ablehnung durch die Be-

⁶² AZ 20.6.1945.

⁶³ Bringolf 408.

⁶⁴ Georg Leu, *Der Streik in der Bindfadenfabrik Flurlingen*, Schaffhausen 1946.

⁶⁵ Amtsblatt 1947,616.

völkerung erfahren. Kurz darauf, am 6. Juli 1947, erhielt die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Schweiz dennoch eine grundsätzlich neue Komponente, indem gleichzeitig die revidierten Wirtschaftsartikel und die Alters- und Hinterlassenenversicherung angenommen wurden. Mit diesem Datum wurde ein entscheidender Schritt zum Wohlfahrtsstaat gemacht. Für die Sozialdemokratie der Schweiz und des Kantons Schaffhausen bedeutete dieser Erfolg einen eigentlichen Wendepunkt, der die einst oppositionellen Kräfte noch mehr an das Staatswesen band und sie vollends integrierte.

Schon vor dem Kriegsende hatte die *Sozialistische Arbeiterpartei* die Gelegenheit benützt, das 50jährige Bestehen der Allgemeinen Konsumgenossenschaft Schaffhausen mit einem grossen Volksfest zu feiern, worin der Parteitag eingebettet wurde⁶⁶. In noch grösserem Rahmen fand am 26. September 1948 ein grosses Volksfest unter dem Motto «100 Jahre Bundesstaat — 100 Jahre Arbeiterbewegung» statt⁶⁷. In einem Festzug durch die Strassen der Stadt Schaffhausen demonstrierten die Gewerkschaften und Arbeitersportorganisationen für Einigkeit, Solidarität und Brüderlichkeit. Die Festansprache von Stadtpräsident Bringolf auf der Wiese beim Schützenhaus gab Gelegenheit, die grossen Ideen des Sozialismus und des schweizerischen Bundesstaates vom Standort der Nachkriegsgegenwart aus zu umreissen. Einen Monat darauf fanden die Gesamterneuerungswahlen in Kanton und Stadt Schaffhausen statt. Sie wurden, trotz minuziöser Vorbereitung, zu einem sozialistischen Fiasko. Das Bürgertum hatte sich in der «Bürgerlichen Einigung» gefunden und mit der Wahlbroschüre *Ein Damm der roten Flut* das Schreckgespenst des «marxistischen Sozialismus» und der «Volksdemokratie nach östlichem Muster» an die Wand gemalt⁶⁸. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* verlor gegenüber 1944 11 Kantonsratsmandate und 7 Grossstadtratsmandate⁶⁹. Neun Angehörige der sozialistischen Kantonsratsfraktion wurden nicht mehr bestätigt. Was die bürgerlichen Parteien vier Jahre zuvor erleben mussten, erfuhr nun die *Sozialistische Arbeiterpartei* am eigenen Leib. Die *Arbeiter-Zeitung*, die den Misserfolg offen zugeben musste, kommentierte die Wahlen mit den Worten:

⁶⁶ AZ 10.10.1944.

⁶⁷ AZ 24.9.1948, 27.9.1948.

⁶⁸ *Ein Damm der roten Flut* [Wahlbroschüre der Bürgerlichen Einigung], Schaffhausen 1948 (Stadtbibliothek WN 116).

⁶⁹ AZ 22.11.1948, 13.12.1948.

Die besten Wahlhelfer der «Bürgerlichen Einigung» waren dabei nicht positive, sondern negative Momente. Zu diesen negativen, das Bürgertum begünstigenden Momenten gehört vor allem die durch die hemmungslose bürgerliche Propaganda künstlich geschürte Angst vor den Russen, der heute weite Kreise verfallen sind. Die vor keiner Verdrehung und Entstellung zurückschreckende, bewusst an die Angst appellierende Propaganda des Bürgertums hat es zudem fertiggebracht, viele Wankelmütige oder politisch nicht orientierte Stimmberechtigte glauben zu machen, dass für das, was in irgendeiner «Volksdemokratie» wirklich oder angeblich geschieht, die Sozialdemokraten mitverantwortlich seien, da diese nichts anderes als die Vorläufer des Kommunismus seien. Dass mit dieser bewusst unwarhen Darstellung nichts Positives erreicht wird, tut nichts zur Sache. Der momentane Mandaterfolg wird im Gegenteil die bürgerlichen Wahlstrategen auch bei den kommenden Wahlen veranlassen, diese verlogene Propagandaplatte weiter spielen zu lassen. Ein weiteres, durchaus negatives Moment war die Aufbauschung parteiinterner Angelegenheiten der Sozialistischen Arbeiterpartei zu «Staatsaffären». Die Veröffentlichung des Briefes von Altregierungsrat Scherrer an die Partei und die Aufbauschung des Rücktrittes von Emil Brütsch in Stein vom Posten eines Betriebsbeamten als «Beweisstück» für die in der Sozialistischen Arbeiterpartei herrschende «Diktatur» mögen bei weiteren Stimmberechtigten verfangen haben⁷⁰.

Peinlich für die Sozialistische Arbeiterpartei war auch, dass in Neuhausen, wo dem 1944 gewählten Gemeindepräsidenten Ernst Illi Lehrer Robert Schärler als Kandidat der Bürgerlichen gegenübergestellt wurde, ein zweiter Wahlgang stattfinden musste, weil beide Kandidaten das absolute Mehr nicht erreicht hatten. Wenn auch eine Woche später, am 28. November 1948, Ernst Illi bestätigt wurde, durften sich die Bürgerlichen vorerst doch sagen, dass «die sozialistische Mehrheit in Neuhausen zerschlagen» sei⁷¹.

Der Erfolg der «Bürgerlichen Einigung» von 1948 dürfte vor allem auf die veränderten aussenpolitischen Gegebenheiten im Nachkriegseuropa zurückzuführen sein. Die Sowjetisierung der östlichen Volksdemokratien und der Aufbau eines sowjetischen Satellitenstaatensystems hinter dem «Eisernen Vorhang» belastete auch

⁷⁰ AZ 22.11.1948. Abdruck des Briefes von Theodor Scherrer in SN 13.11.1948.

⁷¹ SN 22.11.1948.

die russlandfreundliche schweizerische Linke, obwohl sie sich eindeutig von diesen Vorgängen distanzierte. Der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei vom Februar 1948 veranlasste Walther Bringolf, als Fraktionssprecher der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* am 11. März 1948 im Nationalrat eine Erklärung abzugeben, welche die Vorgänge in der Tschechoslowakei eindeutig verurteilte und erneut eine Abgrenzung gegenüber der *Partei der Arbeit* vornahm. Diese Erklärung wurde auch in einer Wahlbroschüre der *Sozialistischen Arbeiterpartei* im Schaffhauser Wahlkampf von 1948 verwendet⁷².

Parteienkonkordanz

Der Wahlherbst 1952 fällt, was den Gegensatz zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten betrifft, durch eine sehr massvolle Sprache auf. Hüben und drüben vermied man Hinweise auf kommunistische oder frontistische Ideologien und Anspielungen auf eine entsprechende Vergangenheit der Kandidaten, obwohl sich in den Parlamentswahlen wieder nur je eine Liste der «Bürgerlichen Einigung» und der *Sozialistischen Arbeiterpartei* gegenüberstanden. Das Verhältnis der Parteiblöcke zueinander hatte sich inzwischen verändert. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* war bürgerlicher geworden, die Bürgerlichen hatten soziale Postulate aufgegriffen. Es war demzufolge ein Abkommen zwischen der *Sozialistischen Arbeiterpartei* und den andern Parteien zustande gekommen, wonach alte Bezeichnungen und Beschimpfungen wie «Marxisten», «Anpasser» und ähnliches aus der Wahlpropaganda fortan ausgeklammert bleiben sollten⁷³. Die «saubere Politik», die mit diesem Abkommen angestrebt wurde, wurde dann allerdings durch schwerwiegende Differenzen der Bürgerlichen untereinander anlässlich der Regierungsratswahlen gröblich verletzt (S. 326). Die «Bürgerliche Einigung» erwies sich dabei als künstliches Gebilde, das eine von der Praxis bereits überholte Einheit und Geschlossenheit propagierte. Man hat Mühe, in den Wahlbroschüren für die Kantonsratswahlen von 1952 unterschiedliche politische Zielsetzungen der Parteien herauszudestillieren. *Wir alle ziehen am gleichen Strick — Handwerker und Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle*, hiess es in der bürgerlichen Wahlempfehlung, die den *sozialen Fortschritt*

⁷² *Bemerkungen über Dinge, die jeden angehen* [SAP-Wahlbroschüre], Schaffhausen 1948 (Stadtbibliothek WN 116).

⁷³ Mitteilung Karl Schib 21.8.1970.

in der Freiheit propagierte⁷⁴. *Mit uns das Volk — mit uns der Sieg!* forderte die Wahlzeitung der *Sozialistischen Arbeiterpartei*⁷⁵ und warb um Vertrauen in der Bevölkerung. Nur am Rande wurde erwähnt, was damals die Politiker trennte und einen Riss mitten durch alle Parteien verursachte: die Rheinaufgabe.

Diese Sachfrage trug dazu bei, die erstarrten Parteifronten aufzuweichen. In dieser Situation wurde möglich, was seit 1918 angestrebt worden war: die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für den Kantonsrat, wozu eine sozialistische Initiative von Georg Leu den Anlass gab. Ueber dieses neue Wahlverfahren musste am Ende des Wahlherbstes 1952 abgestimmt werden. Niemand hatte ein Interesse daran, durch ungeschicktes Operieren während der Wahlen dieses für die Parteien fortschrittliche Gesetzeswerk zu gefährden. So ergaben die Kantonsratswahlen vom 2. November 1952 nur ganz geringfügige Änderungen. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* und die *Freisinnig-demokratische Partei* gewannen je zwei Sitze, während die *Bauernpartei* ihren Stand wahren konnte. Verlierer gab es keine, weil nach der Volkszählung von 1950 die Sitzzahl des Kantonsrates von 80 auf 85 erhöht worden war⁷⁶. Kurz darauf wurde das proportionale Wahlverfahren für Kantons- und Gemeindeparlamente in der Volksabstimmung gutgeheissen. Damit begann ein neuer Abschnitt im Leben der politischen Parteien von Schaffhausen.

Für die *Sozialistische Arbeiterpartei* ging auch eine Epoche zu Ende, als Walther Bringolf am Frühjahrsparteitag vom 9. Mai 1954 das Parteipräsidium an Paul Harnisch, den neugewählten Chefredaktor der *Arbeiter-Zeitung*, abtrat⁷⁷. Der verdiente Schaffhauser Stadtpräsident war im Herbst 1952 mit der Leitung der schweizerischen Partei betraut worden, wodurch ihm ein neues Wirkungsfeld eröffnet wurde.

Der Einbruch in die Landschaft

Mit der Einführung des proportionalen Wahlverfahrens wurde der Kampf der Parteien auf den ganzen Kanton ausgedehnt. Die eigentliche Auseinandersetzung anlässlich der ersten Proporzwahl

⁷⁴ *Unsere Kandidaten für die Kantonsratswahlen* [Flugblatt der Bürgerlichen Einigung], Schaffhausen 1952 (Stadtbibliothek WN 116).

⁷⁵ AZ 30.10.1952.

⁷⁶ Dekret vom 6.10.1952 (GS³ 18.1954,389—391).

⁷⁷ AZ 10.5.1954.

des Kantonsrates fand denn auch vor allem in den Landwahlkreisen statt. Für den 4. November 1956 hatten ausser der *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* auch die *Freisinnig-demokratische Partei*, die *Sozialistische Arbeiterpartei* und die *Katholische Volkspartei* in allen fünf Proporzwahlkreisen Listen eingereicht⁷⁸. In Schaffhausen und Neuhausen trat ferner der *Landesring der Unabhängigen* auf, während sich die *Jungliberale Bewegung*, die *Evangelische Volkspartei* und die *Liberalsozialistische Partei* auf den Wahlkreis Schaffhausen beschränkten. In Erwartung eines sozialistischen Wahlsieges ergaben sich verschiedene Listenverbindungen unter den Bürgerlichen. Die «Bürgerliche Einigung» spielte also noch, wenn auch in veränderter Form. Ohne jede Allianz stiegen die Parteien im Wahlkreis Klettgau in den Kampf, wo die Situation völlig offen war. Das mit begreiflicher Spannung erwartete Resultat ergab folgende Stimmen- und Sitzverteilung⁷⁹:

FDP/DP/JBS	92 979 Stimmen =	26,8%	= 22 Mandate (bisher 22)
SAP	139 769 Stimmen =	40,4%	= 30 Mandate (bisher 22)
KVP	36 981 Stimmen =	10,7%	= 7 Mandate (bisher 7)
BGB	42 231 Stimmen =	12,2%	= 18 Mandate (bisher 26)
LdU	17 612 Stimmen =	5,1%	= 3 Mandate (bisher 3)
EVP	10 706 Stimmen =	3,1%	= 1 Mandat (bisher 2)
LSP	5 901 Stimmen =	1,7%	= 1 Mandat (bisher 0)
Parteilose	0 Stimmen =	0,0%	= 0 Mandate (bisher 3)
Total	346 179 Stimmen =	100,0%	= 82 Mandate (bisher 85)
	von 14 747 Wählern		

Der grosse Gewinner der Kantonsratswahlen war die *Sozialistische Arbeiterpartei*, die von der *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* acht Mandate übernahm: im Wahlkreis Klettgau gingen 3, im Reiat 2 Sozialdemokraten aus der Wahl hervor, während in der Stadt die 3 auf Kosten der Landschaft gewonnenen Mandate ebenfalls an die *Sozialistische Arbeiterpartei* fielen. Während die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* als Kantonalpartei auf den dritten Platz verwiesen wurde, hatte sich die *Sozialistische Arbeiterpartei* nicht nur nach Stimmenanteil wie bisher, sondern auch bezüglich Fraktionsstärke im Kantonsrat an die Spitze gestellt.

⁷⁸ Amtsblatt 1956,1316—1330.

⁷⁹ Amtsblatt 1956,1404—1428. Vgl. zum Wahlherbst 1956: *Heinrich Wolf, Die Kantons- und Grossstadtratswahlen 1956 in Schaffhausen*, Schaffhausen 1957.

Was ihr 1944 durch den eklatanten Wahlsieg in der Stadt möglich geworden war, ergab sich 1956 durch die neuen Wahlkreise und das Proporzverfahren in der Landschaft. Die alle Schichten umfassende Volkspartei, angestrebt seit spätestens zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, war Wirklichkeit geworden. Trotz leichtem Stimmenrückgang in den nächsten Wahljahren blieb die Partei fortan die stärkste im Kanton.

Der sechste Wahlkreis Buchberg-Rüdlingen war 1956 gewissermassen ausserhalb der Schützenlinie, weil dort, da nur ein einzelnes Mandat zur Verfügung stand, weiterhin der Majorz zur Anwendung gelangte. Dass es aber gerade dort zu einem seltenen Intermezzo kommen würde, war nicht vorauszusehen. Am 4. November 1956 erreichten weder der bisherige Vertreter von Buchberg, Hermann Fehr, noch die beiden neuen Kandidaten Paul Röschli (Buchberg) und Albert Meyer (Rüdlingen) das absolute Mehr⁸⁰. Eine Woche später erhielten sowohl Hermann Fehr wie Albert Meyer je 87 Stimmen. Nun trat das seltene Ereignis ein, dass die Wahl mittels Los entschieden werden musste⁸¹. Laut Wahlprotokoll vom 13. November⁸² wurden zwei Lose, eines leer, das andere mit der Aufschrift «gewählt» zusammengerollt vom Dorfweibel in einem Säcklein in Scheitelhöhe der beiden Kandidaten gehalten. Der bisherige Vertreter durfte zuerst ziehen, nachdem sich beide Kandidaten Fehr und Meyer mit dem Vorgehen einverstanden erklärt und sich gegenseitig versprochen hatten, sich die allfällige Wahl nicht nachzutragen. Das Los entschied zugunsten von Albert Meyer von Rüdlingen. Die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* verlor durch dieses Wahlintermezzo nichts, weil ihr beide Kandidaten angehörten. Eine grosse Rolle im Kampf um den Kantonsratsstz spielte die traditionell gegnerische Haltung der beiden zu einem Wahlkreis zusammengefassten Gemeinden Buchberg und Rüdlingen, die sich in manchen Fällen belebend, in anderen dagegen lähmend auf die Lösung von Sachfragen auswirkt.

Namenwechsel

Im Jahr 1961 gingen der *Sozialistischen Arbeiterpartei* die gedruckten Statuten aus. So ergab sich von selbst die Frage nach einer Statutenrevision und der Parteiorganisation. Notwendige Um-

⁸⁰ Amtsblatt 1956,1428.

⁸¹ GS³ 18,1954,389.

⁸² RRA 1936—1952. K 5/9/2.

stellungen ergaben sich aus dem neuen Wahlkreissystem, dann aber doch auch aus den veränderten personellen Bedingungen der Partei. Sie war als eine einheitliche, geschlossene und durch die eigenwillige Persönlichkeit Walther Bringolfs getrimmte Kampftruppe an die Macht gekommen — jetzt regten sich die Stimmen der Jungen, die in die erfolgreiche Epoche der Volkspartei hineingewachsen und am Aufbau mitgearbeitet hatten. Im Zuge der Reorganisation wurde der Parteibezeichnung eine Wichtigkeit zugemessen, die durch die Ereignisse eigentlich überholt war. Bereits seit 1935 war die *Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen* eine Kantonalsektion der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*. Der Name, der 1935 gewählt worden war, entsprach damals den internationalen Gegebenheiten. Im Jahr 1961 hatte diese historische Tatsache ihre Bedeutung längst verloren, und wenn sich die *Sozialistische Arbeiterpartei* in ihrer Frühzeit auch als Linksgruppe innerhalb der schweizerischen Partei verstanden wissen wollte, war dieser Anspruch mit Bringolfs Engagement an der Spitze der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* längst hinfällig geworden. Dennoch kam es am Parteitag vom 12. November 1961 zu einer Grundsatzdiskussion um die Parteibezeichnung⁸³. «Alte Kämpfer» wie etwa Ernst Illi und Isak Landsmann verteidigten den angestammten, bewährten Namen, neuere Kräfte wie der inzwischen als Regierungsrat gewählte Erwin Hofer, der eben als Stadtrat portierte Werner Zaugg und Gemeindeschreiber Karl Merki von Neuhausen beantragten die Angleichung der Parteibezeichnung an die schweizerische Partei. Nach längerer Diskussion wurde der kameradschaftliche Streit mit einer Abstimmung beendet, in der sich 85 gegen 27 Parteimitglieder für die Namensänderung aussprachen. Die *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen*, die dritte dieses Namens, war damit geschaffen. In der Folge wechselten auch nach und nach die einzelnen Sektionen ihre Parteibezeichnung. Eine Aenderung der Ideologie und der Taktik erfolgte dabei nicht.

Die *Arbeiter-Zeitung*, nach wie vor das Organ der Schaffhauser Sozialdemokratie, passte anlässlich der Inbetriebnahme einer neuen Rotationsmaschine ihren Untertitel am 10. Februar 1962 der neuen Parteibezeichnung an. Als Kuriosum gab dabei die Redaktion bekannt, dass die *Arbeiter-Zeitung* während Jahren auf der Drucker-

⁸³ Tagungsbericht in AZ 13.11.1961.

presse hergestellt worden sei, die zuvor den frontistischen, von der *Arbeiter-Zeitung* jahrelang scharf angegriffenen *Grenzböten* gedruckt habe.

Die Sozialdemokratische Partei seit 1961

Von der Arbeiter-Zeitung zur Schaffhauser AZ

Während das Jahrzehnt von 1960 bis 1970 für die *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen* eher ruhig verlief, änderte sich die Situation der *Arbeiter-Zeitung* stark. Die Redaktion, die bis 1962 von einem Zweimannkollegium besorgt wurde, dehnte sich auf drei, 1965 auf vier vollamtliche Redaktoren aus. Neben Chefredaktor Paul Harnisch (1947—1968) wirkten Hugo Leu (ab 1954), Ernst Neukomm (1959—1961), Arthur Müller (1962—1972), Arnold Bertschinger (1965—1967), Walter Ilg (1968—1972) und Hanspeter Gahlinger (ab 1972)⁸⁵. Nicht in gleichem Mass wie die Qualität und die Quantität der Nachrichten und Meinungsartikel nahmen die Abonnemente und Inserate zu (S. 184). Das Fernsehen und die Gratisanzeigen, unter anderem der *Schaffhauser Bock*, zweigten der *Arbeiter-Zeitung* lebensnotwendige Einnahmen ab. Zudem bauten die *Schaffhauser Nachrichten* ihren Lokalteil in der gleichen Zeitspanne zu einer parteipolitisch offenen Regionalzeitung aus, so dass auch auf dem Sektor der lokalen Berichterstattung die *Arbeiter-Zeitung* weniger zugkräftig wirkte. Zusammen mit einer Druck- und Personalkostensteigerung führten diese Umstände zu einem finanziellen Engpass, aus dem ein Ausweg gesucht werden musste. Er wurde schliesslich darin gefunden, dass die *Arbeiter-Zeitung* in ein enges Vertragsverhältnis mit dem Zürcher *Volksrecht* trat. Von anfangs 1968 bis Ende 1969 wurde der Ausland- und Inlandteil beider Blätter grösstenteils in Schaffhausen redigiert, während in Zürich der Nachrichtenstoff gesammelt wurde⁸⁶.

Die daraus resultierenden harten Arbeitsbedingungen für die Schaffhauser Redaktion wurden gemildert, als die *Arbeiter-Zeitung* auf den 1. Januar 1970 dem AZ-Ring beitrug, der zehn sozialdemokratische Zeitungen der Deutschschweiz in ein Kopfblattsystem zusammenfasste⁸⁷. Diese enge Zusammenarbeit wurde schon längere

⁸⁵ 50 Jahre Arbeiterzeitung 24—26. SZ 29.4.1959. AZ 8.2.1962, 30.10.1972, 27.11.1972.

⁸⁶ Tagesanzeiger 23.1.1968. 24.1.1968. AZ 30.10.1972.

⁸⁷ AZ 5.1.1970.

Zeit anvisiert und die entsprechenden technischen Aenderungen vorgenommen. So wurde unter anderem der Zeitungstitel bereits im Januar 1968 von *Arbeiter-Zeitung* in *Schaffhauser AZ* abgeändert. Von 1970 bis Ende 1973 besorgte die AZ-Zentralredaktion in Zürich den Ausland- und Inlandteil der *Schaffhauser AZ*, die Schaffhauser Redaktion war nur noch für den Lokalteil zuständig⁸⁸. Auf den grosszügigen Ausbau des Redaktionsstabes in den Vorjahren folgte nun ein rascher Personalabbau. Von den Redaktoren, welche die *Arbeiter-Zeitung* in der Uebergangsphase von 1967/1968 hatte, traten mehrere aus: Arnold Bertschinger wechselte auf den 1. September 1967 zur *Winterthurer AZ*⁸⁹, sein Nachfolger Walter Ilg trat am 1. April 1972 in die Redaktion des *Schweizerischen Beobachters* ein⁹⁰, Arthur Müller übernahm am 1. November 1972 die Leitung des städtischen Jugendheims⁹¹. Die Chefredaktion ging von Paul Harnisch an Hugo Leu über, als Harnisch auf den 1. Januar 1969 zum vollamtlichen, stellvertretenden Gemeindepräsidenten von Neuhausen am Rheinflall gewählt wurde. Trotz diesen drastischen Massnahmen gelang es auch dem schweizerischen AZ-Ring nicht im erhofften Ausmass, der Kostenschere auszuweichen. Neben den personellen Schwierigkeiten, die durch diese tiefgreifende Strukturänderung der deutschschweizerischen sozialdemokratischen Tageszeitungen provoziert wurden, traten weiterhin Finanzprobleme auf. Auf den 20. November 1972 ging der AZ-Ring und die *Schaffhauser AZ* von der sechstägigen zur fünftägigen Ausgabe über, wobei man dem allgemeinen Trend zu Wochenblättern mit einer verstärkten Wochenendausgabe entgegenkam. Als sich die Krise auf dem schweizerischen Pressemarkt erneut verschärfte und die *Zürcher AZ* Ende 1973 ihr Erscheinen einstellte, flog der AZ-Ring auf und zwang die Schaffhauser Sozialdemokraten, nach anderen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Am 31. Dezember 1973 kündigte die *Schaffhauser AZ* an, dass sie vom neuen Jahr an die Matern für Ausland, Inland, Sport und Aktuelles vom politisch neutralen *Badener Tagblatt* beziehen und den Druck der *Winterthurer AZ* in Schaffhausen besorgen werde. Die Redaktion, im Januar 1974 durch Max Hess erweitert, wurde bereits am 15. Juli 1974 neu geordnet. Als Chefredaktor ad interim amtet seit diesem Zeitpunkt Hanspeter Gahlinger. Ihm zur Seite steht Hugo

⁸⁸ Bock 7.1.1971. AZ 26.4.1972.

⁸⁹ Abschiedsartikel in AZ 31.8.1967.

⁹⁰ Bock 7.1.1972.

⁹¹ AZ 30.10.1972.

Leu, während Max Hess als freier Journalist der *Schaffhauser AZ* durch einen Mitarbeitervertrag erhalten bleibt. Elisabeth Vetter und Susie Ilg zeichnen als ständige redaktionelle Mitarbeiterinnen. Trotz allen Schwierigkeiten, mit welchen die sozialdemokratische Presseunion in Schaffhausen zu kämpfen hat, ist sie fest entschlossen, der Arbeiterschaft die *Schaffhauser AZ* unter allen Umständen zu erhalten, wobei die neueren Geschäftsabschlüsse zu einer zuvorsichtlichen Haltung berechtigen⁹².

Umwandlung der Bringolf-Partei

Personelle Veränderungen bewirkten auch eine Wandlung der alten «Bringolf-Partei», die fast ohne Mittelschicht ausgekommen war. Die neue Massenpartei rief nach einem breiteren Führungskader. Das Parteipräsidium, das 1935 bis 1954 in den Händen von Walther Bringolf gelegen hatte, wechselte in kürzeren Intervallen von Paul Harnisch zu Erwin Hofer, Ernst Neukomm und schliesslich im Frühjahr 1970 zum Thaynger Gemeindepräsidenten Walter Stamm. Diese Rotation in der Kantonalpartei wurde zum Teil durch äussere Ereignisse bewirkt, durch welche die Schaffhauser Sozialdemokratie ihre enge Führungsschicht der Nachkriegszeit verlor. Bei den Regierungsratswahlen vom Herbst 1960 stellte die *Sozialdemokratische Partei* wie gewohnt eine Zweierkandidatur mit Georg Leu (bisher) und Erwin Hofer (neu) auf, weil ihr Vertreter Theo Wanner auf Ende Jahr seinen Rücktritt nahm. Durch die unvorhergesehene Wahl des freisinnigen Kampfkandidaten Dr. Hermann Wanner verlor die Partei einen ihrer beiden Regierungssitze. Einmalig und tragisch war, dass der bisherige Regierungsrat Georg Leu weniger Stimmen erhielt als sein Parteigenosse und seinen Platz an den neuen Kandidaten Erwin Hofer abtreten musste⁹³. Georg Leu zog sich darauf enttäuscht von der Politik zurück. Durch den Tod verlor die Partei 1961 ihren treuesten Mitkämpfer, Stadtrat Hermann Erb. Als Fürsorgereferent der Stadt Schaffhausen hatte er ein gutes Stück der alten Ideologie des Sozialismus und des humanistischen Kommunismus Wirklichkeit werden lassen⁹⁴. Ohne Gegenkandidat wurde für ihn am 10. September 1961 Werner Zaugg als Stadtrat gewählt⁹⁵. Ein Jahr später verschied Armin Wal-

⁹² AZ 26.4.1972.

⁹³ Amtsblatt 1960,958. Nachruf auf Georg Leu in AZ, KZ 2.12.1974, SN 5.12.74.

⁹⁴ Nachruf in AZ 2.8.1961, 3.8.1961. SN 3.8.1961.

⁹⁵ AZ 11.9.1961.

ter mitten in seiner Amtszeit als Kantonsratspräsident. Von 1934 bis 1954 hatte er als einer der beiden Redaktoren der *Arbeiter-Zeitung* gewirkt, später war er als Kantonsrichter und Initiant des Autosilos beim Schwabentor an die Öffentlichkeit getreten⁹⁶. Walther Bringolf ging der Kantonalpartei teilweise verloren, als ihn der Nationalrat für das Jahr 1961 zu seinem Präsidenten wählte und ihm so den Weg in jene höheren Sphären öffnete, die man ihm kurz zuvor bei der Bundesratswahl verbaut hatte.

Im Kanton Schaffhausen wurde dadurch die Situation für jüngere sozialdemokratische Funktionäre, die zielstrebig an die Macht drängten, wesentlich günstiger. Im Wahlherbst 1968 gelangte Dr. Kurt Reiniger für den zurücktretenden Stadtpräsidenten Walther Bringolf in den Schaffhauser Stadtrat⁹⁷. Kurz zuvor, am 6. Oktober 1968, hatte das Schaffhauservolk Ernst Neukomm in den Regierungsrat gewählt, womit die *Sozialdemokratische Partei* ihre Zweiervertretung in der kantonalen Exekutive wieder erreicht hatte, nun allerdings auf Kosten der Schaffhauser *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*⁹⁸. Beide neugewählten Magistraten traten 1971 als Kandidaten für das Nationalratsmandat an, das Walther Bringolf nach 46jähriger Amtszeit an seine Partei zurückgab. Mit einem knappen Stimmenvorsprung wurde der städtische Finanzreferent Reiniger gewählt und dem exponierten kantonalen Baudirektor Neukomm vorgezogen⁹⁹. Das Wahlergebnis wurde nicht zuletzt von einer Landesring-Kampagne stark beeinflusst, in der die Baudirektion und der Regierungsrat beschuldigt wurden, das Försterhaus im Stauffenberg zu ihrem privaten Ferienhaus umgebaut zu haben (S. 574).

Zu einer «Spital-Affäre» weitete sich 1972/1973 das unkoordinierte Vorgehen bei der Erweiterung des Kantonsspitals auf dem Geissberg aus. Sanitätsdirektor Erwin Hofer, bereits anlässlich der Gesamterneuerungswahl von 1972 arg unter Beschuss geraten, wartete eine weitere Etappe der Bauentwicklung ab und reichte auf Ende 1973 seine Demission ein. In der Ersatzwahl vom 28. Oktober 1973 erreichte Paul Harnisch 14 064 Stimmen und trat auf Beginn des neuen Jahres die Nachfolge Hofers an¹⁰⁰. Auf Bernhard Seiler, welcher der BGB den 1968 verlorenen Regierungssitz hätte zurückerobern sollen, entfielen immerhin 11 677 Stimmen. 29 stim-

⁹⁶ Nachruf in AZ 9.4.1962.

⁹⁷ SN 25.11.1968.

⁹⁸ Amtsblatt 1968,1262.

⁹⁹ Amtsblatt 1971,1794—1800.

¹⁰⁰ Amtsblatt 1973,1732. SN 29.10.1973,13. AZ 29.10.1973.

menschwache Landgemeinden hätten dem Landwirtschaftslehrer Seiler den Vorzug gegeben, aber die stimmenstarken Gemeinden Schaffhausen, Neuhausen, Stein und Beringen gaben den Ausschlag zugunsten von Harnisch.

Die Progressiven

Auf dem Weg zur grossen Volkspartei büsste die *Sozialdemokratische Partei* im Verlauf der Jahre naturgemäss ihre Spannkraft und den kämpferischen Charakter ein, den sie bis in die Nachkriegszeit gepflegt hatte. Verschiedene jüngste Parteimitglieder und Zugewandte versuchten in mehreren Anläufen, dem gutgeölten Partei-mechanismus etwas Sand ins Getriebe zu streuen, um die behaglich gewordenen Parteigenossen auf internationale Probleme, Entwicklungshilfe und die Hungersituation in der Dritten Welt hinzuweisen. Die Gastarbeiterwelle der sechziger Jahre und der Neomarxismus der Studentenbewegung taten das Ihre, neue Impulse zur Gründung einer Schaffhauser Jungsozialistengruppe zu schaffen, die am 20. November 1972 von der Partei anerkannt wurde und mit einem eigenen Programm an die Öffentlichkeit trat¹⁰¹. Es bleibt abzuwarten, ob die *Sozialdemokratische Partei* beweglich genug ist, um linksextreme Experimente zu verkräften und in den Rahmen ihres Programmes einbeziehen zu können.

Aus einzelnen Jungsozialisten und weiteren Interessenten bildete sich kurz darauf das «Programm S», das sich am 1. Dezember 1972 eigene Statuten gab und anlässlich der eidgenössischen Abstimmung vom 4. Dezember 1972 die Forderung nach Einführung einer Volkspension unterstützte¹⁰². Unter dem Namen «Interkommission» gaben verschiedene Fremdarbeiterkommissionen nach Vorarbeit des «Programms S» auf den 1. Mai 1973 eine Maizeitung heraus. Das «Programm S» organisierte nach dem September 1973 eine Solidaritätskundgebung für Chile und befasste sich in verschiedenen Eingaben mit der Steuerpolitik der Stadt Schaffhausen.

Im Bestreben, sich einer gleichgesinnten schweizerischen Organisation anzuschliessen, entschloss sich das «Programm S» nach längerer Diskussion, die Aufnahme in die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) zu beantragen. Anlässlich der Delegiertenversammlung der POCH an Pfingsten 1974 wurde der Anschluss vollzogen. Am 5. Juli 1974 reichten die «Progressiven Lehrlinge» eine

¹⁰¹ AZ 24.11.1972.

¹⁰² Mitteilung Stefan Sernatinger 26.8.1975.

Initiative auf Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre ein¹⁰³. Kurz darauf startete die POCH-SH eine Initiative für eine Reichumssteuer, die sich auf das Vorbild im Kanton Baselland abstützte und am 3. Dezember 1974 mit der notwendigen Unterschriftenzahl zustande kam¹⁰⁴. Unbestreitbar entwickeln die Progressiven in den letzten Jahren eine grosse Aktivität, die sich auf kommunale bis internationale Probleme erstreckt. Ihre politischen Aktionen visieren eine Idealpolitik an, wie sie nur unter Vernachlässigung der politischen Gegebenheiten verfolgt werden kann. Ihren Vorstössen wird so lange das Odium von unverbindlichen Experimenten anhaften, als die Progressiven selbst nicht gezwungen sind, in Parlament und Staat ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen und mit ihren absolutistischen Ideen zu leben.

Die Freisinnig-demokratische Partei

Die Juristen- und Industriepartei der zwanziger Jahre

Eduard Gubler

Die *Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen* war zu Beginn des Jahres 1919 an einem Tiefpunkt angelangt. Sie hatte in den ersten Jahren ihres Bestehens alle massgebenden bürgerlichen Kräfte in Stadt und Land umfasst und in ihrer Machtfülle das organische Hineinwachsen der städtischen Arbeiterschicht in die kantonale Politik gehemmt. Weltkrieg und Generalstreik hatten nicht nur die Kluft zwischen Bürgerlichen und Sozialisten in der Stadt verschärft, sondern auch die Landbewohner der Grosspartei entfremdet. Die Abspaltung der neugegründeten Schaffhauser *Bauernpartei* beschränkte ab 1918 den politischen Einfluss der *Freisinnig-demokratischen Partei* auf die Stadt Schaffhausen und die Industriegemeinden Neuhausen am Rheinfl, Stein am Rhein und Schleithem. Die bisher recht lockere Parteiorganisation verlangte nun eine Anpassung an die veränderten Umstände und den Neuaufbau von Kantonalpartei und Sektionen. Als erster Akademiker der politischen Wissenschaften in Schaffhausen übernahm Dr. Eduard

¹⁰³ Amtsblatt 1974,1026.

¹⁰⁴ Amtsblatt 1974,1794.